

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d

Inhalt

Oskar Lafontaine skizziert die Perspektiven der Programmarbeit: Grundlagen für Regierungshandeln werden erarbeitet.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns bilanziert die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland im UNO-Sicherheitsrat: Erfolgreiche Arbeit Bonn.

Seite 3

43. Jahrgang / 246

27. Dezember 1988

Perspektiven der Programmarbeit

Grundlagen für das Handeln in Regierungsverantwortung werden erarbeitet.

Von Oskar Lafontaine

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Geschäftsführender Vorsitzender der SPD-Programmkommission

Die Entscheidung der SPD, ein neues Grundsatzprogramm zu schreiben, fiel auf dem Essener Parteitag 1984. Zu diesem Zeitpunkt war das noch gültige Godesberger Programm 25 Jahre alt. Obwohl zeitlich keineswegs überholt, bot es doch in einigen Politikbereichen essentieller Bedeutung keine Lösungen mehr. Zudem befand sich die SPD 1984 in der Opposition; eine inhaltliche Erneuerung war nicht nur zeitlich günstig, sondern nach 15 Jahren Regierungsbeteiligung auch notwendig geworden.

Schon der erste Grundsatzprogrammentwurf, der der Partei unter dem Namen „Inseer Entwurf“ 1986 auf dem Essener Parteitag vorgelegt wurde, griff die wichtigsten inhaltlichen Neuerungen unserer Politik auf. Im zweiten Entwurf werden sie aktualisiert, das heißt daß - innerparteiliche und öffentliche Diskussion der beiden letzten Jahre berücksichtigend - folgende Themen im Mittelpunkt stehen:

1. Fortschritt

Die SPD hat vom herkömmlichen Fortschrittsverständnis, das vor allem vom ungetrübten Glauben an den technischen Fortschritt, die Entwicklung der Produktionsmittel und den damit verbundenen Wohlstandszuwachs bestimmt ist, Abschied genommen. Die technische Entwicklung beinhaltet Chancen und Risiken. Eine Verbesserung der Lebensqualität ist möglich. Notwendig ist dazu die politische Gestaltung, vor allem im Bereich der Technikentwicklung.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Erhalten Sie unsere
mit wertvollen Informationen
reichhaltige
Rezepts-Papier



2. Die Gleichstellung von Mann und Frau

Für gleiche Rechte von Männern und Frauen hat sich die SPD seit jeher eingesetzt. Sie hatte dabei Erfolge zu verzeichnen. Trotzdem werden Frauen nach wie vor in unserer Gesellschaft massiv benachteiligt. Die Gleichstellung von Frauen zu verwirklichen, ist eines der großen gesellschaftlichen Projekte, die sich die SPD für die kommenden Jahre vorgenommen hat. Dabei gilt, Männern und Frauen gleiche Chancen zur Beteiligung an Erwerbsarbeit und Nichterwerbsarbeit zu ermöglichen, die Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu beteiligen.

3. Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften

Die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft ist notwendig. Produkte und Produktionsverfahren müssen so ausgerichtet sein, daß Energie und Rohstoffe eingespart und die Umwelt minimal belastet wird. Ökologische Vorsorge wird so einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität leisten und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern.

4. Die Zukunft der Arbeit

Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, Frauen die gleichen Chancen zur Erwerbsarbeit zu geben und die Qualität der Arbeit zu erhöhen, werden vorrangige Ziele der sozialdemokratischen Politik in den 90er Jahren sein. Dazu gehört die gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit und der Einkommen, die Anerkennung der Nichterwerbsarbeit, die Verwirklichung größtmöglicher Zeitsouveränität der Arbeitnehmer durch eine weitgehend von ihnen bestimmte Flexibilisierung, die nicht auf tägliche Arbeitszeitverkürzungen, sondern auch „sabbaticals“, gleitenden Übergang in den Ruhestand unter anderem beinhaltet. Politische Weichenstellungen für den Einsatz technischer Systeme und Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien sowie die Neuorganisation der Arbeit können die Arbeitsbedingungen verbessern. Die Befreiung von der Arbeit und die Befreiung in der Arbeit wird das Leben der Menschen nicht nur erleichtern, sondern ihnen ein Stück mehr Freiheit bringen.

Der SPD-Parteivorstand hat im Herbst dieses Jahres eine Kommission, die unter dem Namen Fortschritt '90 firmiert, eingesetzt, deren Aufgabe es ist, ein Aktionsprogramm für die 90er Jahre zu erarbeiten, in dem ökonomische, soziale und finanzpolitische Ziele und Instrumente verknüpft sind. Es wird Aufgabe dieser Kommission sein, oben genannte Grundsätze des zweiten Programm-entwurfs in einem mittelfristigen Programm zu konkretisieren, einem Programm, das der SPD nicht nur zu politischen Mehrheiten verhelfen soll, sondern auch als Grundlage politischen Handelns in Regierungsverantwortung dienen könnte.

(-/27.12.1988/vo-hs/rs)

* * *

Erfolgreiche Arbeit im Weltsicherheitsrat
Eine Bilanz der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Durch ihre Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat trug die Bundesrepublik Deutschland zeitweilig mit den anderen 14 Mitgliedern des Sicherheitsrates die „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“, wie es in der UNO-Charta heißt.

Im Mittelpunkt der zweijährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die zum Jahresende ausläuft, standen unter anderem folgende Probleme:

- Beendigung des „Golf“-Krieges und die Implementierung der einschlägigen Resolution.
- Regelung des Namibia-Problems.
- Lage im Nahen Osten.
- Chemische Abrüstung.
- Konfliktprävention.

II.

Die Bundesrepublik hatte zunächst Startschwierigkeiten: Bereits bei der ersten kontroversen Sicherheitsrats-Entscheidung, nämlich im Falle von Sanktionen gegen Südafrika, stimmte die Bundesrepublik mit Nein. Dadurch sah sich die Bundesrepublik dem Vorwurf ausgesetzt, sich wirkungsvollen Maßnahmen gegen Südafrika zu entziehen. Sie wirkte unglaublich, zumal sie die Position in der UNO vertritt, daß das Apartheid-System in Südafrika nicht reformierbar ist, sondern abzuschaffen ist. Auch in einer zweiten wichtigen Resolution, die Südafrika wegen anhaltender Besetzung Namibias scharf verurteilte und umfassende Zwangsmaßnahmen gegen Pretoria forderte, hat die Bundesrepublik mit Nein gestimmt, wiederum an der Seite der USA und Großbritannien, aber in Abweichung von Frankreich, Italien und Japan, die sich der Stimme enthielten. Wie zu erfahren war, soll der damalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Kanzleramt zugunsten eines südafrikafreundlichen Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik interveniert haben.

In der Südafrikafrage hat es insofern eine Änderung gegeben, als die Bundesrepublik bei einer Entscheidung des Sicherheitsrates vom März 1988 einen Wechsel vom Nein zur Enthaltung vollzogen hat und damit in auffälliger Weise Südafrika signalisiert hat, daß die Geduld Bonns, konkret des Auswärtigen Amtes, mit der Hinhaltepolitik Pretorias sich dem Ende zuneigt.

III.

Mit der Südafrika-Frage hängt das Namibia-Problem zusammen. Auf der Grundlage der Resolution 435 aus dem Jahre 1978 sind Pläne ausgearbeitet und Verfahren entwickelt worden, die zur Unabhängigkeit Namibias führen sollen. Der Sicherheitsrat hat im Dezember 1988 beschlossen, zur Überwachung des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia eine UNO-Friedenstruppe aufzustellen.

Zum Komplex „Südliches Afrika“ hat der Sicherheitsrat im Dezember 1988 die Gründung einer Beobachtergruppe beschlossen, die den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola überwachen soll. Die Einsetzung der sogenannten UNAVEM (United Nation Angola Verification Mission) ist Teil des Einigungspakets, das von Angola, Südafrika und Kuba unter Vermittlung der USA geschnürt wurde, um nach langjährigem Bürgerkrieg und Interventionen zu einer friedlichen Entwicklung zu kommen.

Die Bundesrepublik hat an diesen Entscheidungen nicht nur formell mitgewirkt, sondern war im Rahmen ihrer „stillen Diplomatie“ aktiv.

IV.

Besonders aktiv und erfolgreich war die Bundesrepublik im sogenannten Golf-Krieg. Hier fand das Anwendung, was Bundesaußenminister Genscher generell zur Sicherheitsrats-Politik der Bundesrepublik so formulierte: „Je mehr auch die nichtständigen Mitglieder des Rats an Eigengewicht, Sachkunde und guten bilateralen Beziehungen zu Konfliktparteien in die Arbeit des Rats einbringen, um so wirksamer wird diese Arbeit insgesamt sein.“

Die Resolution 598 zum Krieg Iran-Irak vom 20. Juli 1987 gilt als die wichtigste Resolution der UNO seit Jahren. Die Bundesrepublik hat sich hier sehr stark und konstruktiv engagiert und mit dazu beigetragen, daß am Ende ein Resolutionstext vorgelegt wurde, der auch von den beiden Kriegsparteien Irak und Iran als Grundlage für eine umfassende friedliche Lösung des Konflikts akzeptiert werden konnte. Bei der Implementierung, das heißt der Umsetzung dieser Resolution, wirkt die Bundesrepublik „hinter den Kulissen“ sowohl im Sicherheitsrat wie auch auf die beiden Konfliktparteien direkt ein.

Im sogenannten Golf-Krieg hat die Bundesrepublik zum ersten Mal weltpolitisch eine wichtige und allseits anerkannte Rolle gespielt.

V.

Im Mai (612) und Juli (619) dieses Jahres sind zwei wichtige Resolutionen zum Verbot des Einsatzes und Weitergabe chemischer Waffen durch den Sicherheitsrat gefaßt worden, die auf Initiative der Bundesrepublik zustande kamen. Leider hat die Uneinigkeit (insbesondere zwischen Frankreich, den USA, Großbritannien und der UdSSR) zu einer Verwässerung der Resolutionen geführt. Dies war der Preis für den Konsens. Immerhin enthalten diese Resolutionen wesentliche Elemente für ein wirksames Vorgehen gegen den Einsatz chemischer Waffen und zur Kontrolle bei der Verbreitung dieser Waffen. Der UNO-Generalsekretär wurde ermächtigt, von sich aus Untersuchungsteams zu entsenden. Insgesamt wurde das Genfer Protokoll von 1925 bekräftigt. Diese beiden Resolutionen könnten sowohl für die C-Waffen-Konferenz in Paris (vom 7. bis zum 11. Januar 1989) wie für die weit fortgeschrittenen, aber offenbar ins Stocken geratenen C-Waffen-Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz wichtig sein.

VI.

Am Schluß der Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Sicherheitsrat und der parallel abgeschlossenen 43. UNO-Generalversammlung konnten sich die UNO-Staaten auf ein Instrument verständigen, das von der Bundesrepublik initiiert wurde: Auf eine Deklaration über die Verhütung internationaler Konflikte. Die Verhandlungen darüber wurden seit 1984 geführt. Ein wichtiges Grundelement ist die frühzeitige Einschaltung des UNO-Sicherheitsrates bei drohenden Konflikten (Kriegen).

Die UNO-Staaten verpflichten sich, die Entstehung beziehungsweise Verschärfung von Streitigkeiten zu verhindern, indem sie ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der UNO-Charta insbesondere das Gewaltverbot streikt beachten.

VII.

Insgesamt kann von einer durchaus erfolgreichen und konstruktiven Politik der Bundesrepublik im Sicherheitsrat gesprochen werden, wenngleich kritisch hinzugefügt werden muß, daß die UNO-Politik der Bundesrepublik, deren wichtigsten Teil ihre zeitweilige Präsenz im Sicherheitsrat war, weitestgehend ohne parlamentarische Begleitung erfolgte.

(-/27.12.1988/vo-he/rs)

* * *